

Zur Person

Seit 1966 lebe und arbeite ich in Potsdam. Dabei haben mich Wirtschafts- und Kommunalpolitik schon immer interessiert.

Bis September 1989 war ich Sekretär für Wirtschaft in der SED-Kreisleitung Potsdam. Ab November 1989 habe ich die Potsdamer Parteiorganisation durch die Wende geführt und war dann von 1990 bis 2002 Vorsitzender des Kreisverbandes der PDS Potsdam.

Seit 1990 bin ich Stadtverordneter in Potsdam und arbeite dort seit vielen Jahren im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen, den ich auch einige Jahre geleitet habe. Weiterhin bin ich Mitglied im Petitionsausschuss, im Werksausschuss für den Kommunalen Investitionsservice und zudem Mitglied im Aufsichtsrat der Energie- und Wasser GmbH.

Die Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung habe ich auch als Abgeordneter des Deutschen Bundestages 1994 bis 2002 nicht unterbrochen.

Ich war langjähriger Vorsitzender des Unternehmerverbandes OWUS e. V. und ich bin mit Leidenschaft ehrenamtlicher Vizepräsident des 1. FFC Turbine Potsdam.

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

als Direktkandidat stehe ich im Wahlkreis 62 auf Ihrer Wahlliste für den Deutschen Bundestag.

Ich bitte Sie um Ihre Stimme und damit um einen Vertrauensvorschuss.

Sie können sicher sein, dass ich alles tun werde, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Mit Ihnen gemeinsam und für Sie will ich meinen Anteil leisten, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten.

Ich bin überzeugt, dass ich mit meinen vielfältigen kommunal- und landespolitischen Erfahrungen im Bundestag einen Beitrag zur Sicherung und Stärkung der Daseinsvorsorge und der Re-kommunalisierung leisten kann.

Ihr



DIE LINKE, Rolf Kutzmutz
Mendelssohn-Bartholdy-Straße 7
14480 Potsdam
Telefon: 03 31/9 66 15 02
Fax: 03 31/9 66 15 07
roku47@aol.com
www.rolfs-revier.de



Rolf Kutzmutz

Damit es im Land
gerecht zugeht.

DIE LINKE.

Eine starke LINKE für ein soziales Land

Viele Menschen sorgen sich zu Recht um ihre Zukunft, um die ihrer Familien, ihrer Kinder und Enkelkinder. DIE LINKE nimmt diese Ängste ernst.

Sie vertritt die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern. CDU, CSU und SPD hingegen haben die Reichen begünstigt und den Spekulanten Tür und Tor geöffnet. Mitten in der Krise überweisen sie Steuermilliarden ohne Gegenleistung an die Großbanken. Nach der Wahl werden sie den Menschen die Rechnung präsentieren.

Der Staat muss in der Krise energisch handeln. Aber in wessen Interesse? Als einzige Partei sagt DIE LINKE: Hilfgelder für Banken und Unternehmen dürfen keine Geschenke an Aktionäre sein. Wenn Geld fließt, müssen im Gegenzug Anteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften entstehen.

Die Krisenlasten müssen gerecht finanziert werden: mit Steuern für Millionäre, auf hohe Vermögen, große Erbschaften und auf Börsenumsätze.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen. Höhere Regelsätze sofort und dann endlich eine gerechte Grundsicherung. Wir wollen keine Hungerlöhne, sondern einen gesetzlichen Mindestlohn, der in den kommenden vier Jahren auf zehn Euro steigen soll. Wir sind gegen die Rente erst ab 67 und für eine verlässliche Alterssicherung. Wir wollen keine Zweiklassen-Medizin. Deutschland braucht eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte, Politikerinnen und Politiker.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben den privaten Reichtum gefördert und die öffentliche Infrastruktur verkommen lassen. Diese Fehlentwicklung wollen wir korrigieren. In der Kinderbetreuung und in der Bildung, bei der Pflege und bei sozialen Dienstleistungen gibt es großen Bedarf. Verkehrssysteme und Energiewirtschaft müssen ökologisch umgebaut werden. Öffentliche Investitionen sind das wirksamste Mittel gegen die Krise, und sie sichern gleichzeitig unsere Zukunft.

Mit 100 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Investitionen und Ausgaben können bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Am 27. September haben Sie die Wahl:

- Milliarden für Banken und Finanzhaie. Oder für Arbeitsplätze und Einkommen.
- Noch mehr Bereicherung oben und Armut unten. Oder mehr soziale Gerechtigkeit.
- Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner belasten. Oder Millionäre zur Kasse bitten.
- Schulen verkommen lassen. Oder gute und gebührenfreie Bildung für alle.
- Preistreiberei durch Energiekonzerne und Umweltbelastung. Oder sozial-ökologischer Umbau.
- In Afghanistan Krieg führen. Oder zurück zu einer friedlichen Außenpolitik.

Soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Gesellschaft sind finanzierbar. Man muss nur den Mut haben, für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Krieg und Ungerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.